

## Im Visier

### Herausforderungen für den Bundeshaushalt

In den kommenden Jahren werden auf den Bundeshaushalt erhebliche Herausforderungen zukommen. Die Bedrohung durch Russland bei gleichzeitig nachlassender Verantwortungsübernahme der USA für Europa machen erhebliche zusätzliche Verteidigungsausgaben nötig – je nach Schätzung kann dies in einen Bereich zwischen 80 und 100 Mrd. Euro pro Jahr zusätzlich gehen. Hinzu kommt die Notwendigkeit höherer öffentlicher Investitionen im zivilen Bereich.

Damit stellt sich die Frage, wie dies finanziert werden soll. Eine politisch naheliegende Forderung ist die Defizitfinanzierung. Mit ihr kann man kurzfristig Belastungen verschleieren und die Bürger glauben lassen, die neuen Ausgaben hätten keinen unmittelbaren Preis. Vielleicht haben sich in der Zeit zwischen dem Verfassen dieses Beitrags und dem Erscheinen des Hefts die neuen Regierungsparteien schon auf eine permanente Lockerung der Schuldenbremse oder auf eine Übergangslösung mit einem neuen Sondervermögen geeinigt. Wenn man den Weg über die Verschuldung gehen wollte, dann wäre der zweite Weg sicherlich eher zu rechtfertigen.

Man kann argumentieren, dass die Dringlichkeit vor allem einer schnellen Herstellung der Verteidigungsfähigkeit es rechtfertigt, noch einmal über die Schuldenfinanzierung zu gehen. Allerdings würde dies mit der Perspektive geschehen, dass nach dem Ausschöpfen eines Sondervermögens das danach weiterhin dauerhaft höhere Niveau der Verteidigungsausgaben aus laufenden Steuereinnahmen finanziert werden müsste. Doch nichts ist kostenlos: Die Zinszahlungen auf ein solches Sondervermögen würden unmittelbar selbst wieder das Budget belasten.

Will man eine eskalierende Staatsverschuldung mit immer höheren Zinslasten vermeiden, dann kommen wir spätestens nach dem Abschmelzen eines Sondervermögens um harte Anpassungen in der Budgetstruktur nicht herum. Ausgaben für Umverteilung und sonstigen öffentlichen Konsum müssen sinken, um Platz für Verteidigungsausgaben und neue Investitionen zu schaffen. Das mag politisch nicht immer schmerzlos sein. Wir können aber auch nicht so tun, als wären wir in der Lage, die Friedensdividende, über die wir uns 35 Jahre etwas zu arglos gefreut haben,

einfach weiter zu konsumieren. Die Realität ist jetzt nun einmal eine andere.

Auch dies spricht gegen den leichtfertigen Einsatz permanent höherer Staatsverschuldung. Man würde damit vor allem den Reformdruck von den aktuellen Regierungen nehmen, aber gleichzeitig höhere Lasten auf zukünftige Steuerzahler verschieben. Die Erzählung, nach der höhere staatliche Investitionsausgaben das Wachstum ankurbeln, spätere Steuerzahler wohlhabender machen und daher problemlos schuldenfinanziert werden können, stimmt nämlich für höhere Verteidigungsausgaben so sicher nicht. Diese können zwar (etwa über den Forschungs- und Entwicklungskanal) auch zu etwas höherem Wachstum führen. Aber das ist ein Nebeneffekt. Vor allem sind sie erst einmal kostspieliger öffentlicher Konsum im hier und jetzt.

Wir sollten daher nun alles tun, den Staat so effizient wie möglich zu machen und hierzu Fehler der Vergangenheit korrigieren. Alle Ausgaben müssen kritisch auf ihre Effizienz und Notwendigkeit überprüft werden. Vor allem sollte der Staat aber seine Rolle als Wachstumsunterstützer wieder ins Zentrum seiner Aktivität stellen. Diese Rolle könnte er zum Glück auch spielen, indem er sich zurückzieht, also Ausgaben einspart: Deregulierung und Entbürokratisierung können helfen. Mit dem Wachstum der Wirtschaft wachsen dann auch wieder die Steuereinnahmen – und die weiteren Spielräume für die wirklich notwendigen Staatsausgaben. Dass unsere Verteidigungsfähigkeit auch mit der Effizienz des Staates zusammenhängt, wurde aber leider immer mehr vergessen, und das nicht nur im für seine byzantinische Verwaltung notorischen Bundeswehr-Beschaffungsamt in Koblenz.

Vielleicht muss man daneben aber auch über Steuererhöhungen sprechen. Es sollten aber solche sein, die das Wachstum wenig beeinträchtigen. Körperschaft- und Einkommensteuer (die in Personengesellschaften immer auch eine Unternebensteuer ist) fallen dann schon einmal weg. Es bliebe vor allem die Mehrwertsteuer. Ist ein Zugriff hier gerecht? Darauf kann man lange debattieren. Aber die indirekte Besteuerung des Konsums gilt (relativ zu den direkten Steuern) als weniger wachstumsschädlich. Auch hier stehen wir daher wieder vor der Aufgabe, Effizienzüberlegungen gegenüber Verteilungsbedenken zu priorisieren.

Prof. Dr. Jan Schnellenbach, Cottbus-Senftenberg